

Amtsblatt

für den Landkreis Uelzen

Inhalt

Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

2. Änderung der Friedhofsgebührenordnung vom 12. April 2011 für die Friedhöfe des Ev.-luth. Friedhofsverbandes Uelzen in 29525 Uelzen 123

Satzung des Abwasserzweckverbands Uelzen über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung)..... 124

Bekanntmachung Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Samtgemeinde Aue 128

Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

2. Änderung der Friedhofsgebührenordnung vom 12. April 2011 für die Friedhöfe des Ev.-luth. Friedhofsverbandes Uelzen in 29525 Uelzen

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 31 der Friedhofsordnung hat der Vorstand des Ev.-luth. Friedhofsverbandes für die Friedhöfe des Friedhofsverbandes Uelzen am 28. August 2017 folgende 2. Änderung der Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

- 1. Reihengrabstätte:
 - 1.1 für Personen über 5 Jahre
 - für 25 Jahre 1.100,-- €
 - für 30 Jahre 1.320,-- €
 - 1.2 Kinder bis zu 5 Jahren
 - für 20 Jahre 400,-- €
- 2. Reihengrabstätte mit Anlage und Pflege über die Dauer der Ruhefrist:

- für 25 Jahre 3.800,-- €
- für 30 Jahre 4.560,-- €
- 3. Wahlgrabstätte:
 - für 25 Jahre - je Grabstelle: 1.200,-- €
 - für 30 Jahre - je Grabstelle: 1.440,-- €
 - Verlängerung je Jahr und Stelle 48,-- €
- 4. Wahlgrabstätte mit Anlage und Pflege über die Dauer der Ruhefrist:
 - für 25 Jahre - je Grabstelle: 3.900,-- €
 - für 30 Jahre - je Grabstelle: 4.680,-- €
 - Verlängerung je Jahr und Stelle 156,-- €
- 5. Urnenreihengrabstätte:
 - für 20 Jahre: 950,-- €
- 6. Urnenreihengrabstätte mit Anlage und Pflege über die Dauer der Ruhefrist:
 - für 20 Jahre: 2.850,-- €
- 7. Urnengemeinschaftsanlage
 - für 20 Jahre: 2.100,-- €
- 8. Urnenwahlgrabstätte:
 - für 20 Jahre - je Grabstelle - : 1.040,-- €
 - Verlängerung je Jahr und Stelle 52,-- €
- 9. Urnenwahlgrabstätte mit Anlage und Pflege über die Dauer der Ruhefrist:
 - für 20 Jahre - je Grabstelle: 3.000,-- €
 - Verlängerung je Jahr und Stelle 150,-- €
- 10. Urnenpartnergrabstätten
 - für 20 Jahre - je Grabstelle: 2.300,-- €
 - Verlängerung je Jahr und Stelle 115,-- €

- | | |
|--|------------|
| 11. Baumreihengrabstätten
- für 20 Jahre: | 1.050,-- € |
| 12. Baumwahlgrabstätten für 6 Urnen
- für 30 Jahre: | 3.650,-- € |
| - Verlängerung je Jahr und Stelle | 30,50-- € |

Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 5 der Friedhofsordnung:

- eine Gebühr gemäß Nummer 6 zur Anpassung an die neue Ruhezeit und
- eine Gebühr gemäß Abschnitt II. Nummer 2.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft und Abräumen der überflüssigen Erde:

- | | |
|------------------------------|----------|
| 1. für eine Erdbestattung: | |
| 1.1 Im Reihengrab | 470,-- € |
| 1.2 Im Wahlgrab | 520,-- € |
| 1.3 Im Kindergrab | 150,-- € |
| 2. für eine Urnenbestattung: | 183,-- € |

III. Gebühren für Umbettungen

- | | |
|---|------------|
| 1. für die Ausgrabung eines Sarges | 1.000,-- € |
| 2. für die Ausgrabung des Sarges eines Kindes | 450,-- € |
| 3. für die Ausgrabung einer Urne | 400,-- € |
| 4. Urnenversand | 40,-- € |

IV. Verwaltungsgebühren:

- | | |
|---|---------|
| 1. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung eines stehenden Grabmals | 25,-- € |
| 2. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung eines liegenden Grabmals | 25,-- € |
| 3. Prüfung der Anzeige bei Veränderung eines Grabmales oder der Ergänzung von Inschriften | 25,-- € |
| 4. Standsicherheitsprüfung je Jahr | 5,-- € |
| 5. aus Anlass einer Bestattung, eines Trauerfalls oder zusätzlicher Aufträge | 62,-- € |
| 6. Bestattungsbegleitung je Bestattung oder Trauerfeier | 72,-- € |

V. Friedhofsunterhaltungsgebühr für den Friedhof in Gr. Liedern zur Finanzierung der Kosten für (Unterhaltung der Außenanlagen, Wege, Wasser, Strom etc.)

- | | |
|--------------------|---------|
| Für ein Jahr | |
| - je Grabstelle -: | 30,-- € |

VI. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer / Friedhofskapelle:

- | | |
|--|----------|
| 1. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle | |
| 1.1 je Trauerfeier: | 200,-- € |
| 1.2 ohne Trauerfeier: | 35,-- € |
| 2. Benutzung Abschiedsraum | 30,-- € |

Diese Änderung tritt nach Veröffentlichung am 1. November 2017 in Kraft.

Uelzen, 28. August 2017

Ev.-luth. Friedhofsverband Uelzen
Der Vorstandsvorsitzende
gez. Bleeker

L. S.
gez. Waldmann

Die vorstehende 2. Änderung der Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Uelzen, 27. September 2017

Der Kirchenkreisvorstand des Ev.-luth. Kirchenkreises Uelzen
- Verwaltungsausschuss -
L. S.
gez. Dr. Elster

gez. Hagen

Satzung des Abwasserzweckverbands Uelzen über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576) in der Fassung vom 26. Oktober 2016 (Nds. GVBl. 2016, S. 226), des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. 2007, S. 41) in der Fassung vom 17. September 2015 (Nds. GVBl. 2015, 186) und des § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 21. Dezember 2011 (Nds. GVBl. 2011, 493) in der Fassung vom 26. Oktober 2016 (Nds. GVBl. 2016, S. 226) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbands Uelzen in seiner Sitzung am 20. November 2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten (im Folgenden gemeinsam: Verwaltungstätigkeiten) des Abwasserzweckverbands Uelzen werden auf Grundlage dieser Satzung in Verbindung mit der Anlage 1 (Kostentarif) Verwaltungskosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen) erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- Verwaltungskosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2 Kostentarif

Die Höhe der Verwaltungskosten richtet sich – unbeschadet des § 6 – nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Kostentarif (Anlage 1), der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3 Gebühren

- Ist im Kostentarif für den Ansatz von Gebühren ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Die Gebühr ist auf den vollen Eurobetrag aufgerundet festzusetzen.
- Sofern mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten zusammen vorgenommen werden, so sind für jede einzelne Verwaltungstätigkeit Gebühren zu erheben.
- Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit ganz oder teilweise abgelehnt oder zurückgenommen, bevor der Verwaltungsakt beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit oder offenkundiger Unzulässigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter

Unkenntnis, so kann auf die Kostenerhebung verzichtet werden.

- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin oder aufgrund eines Gerichtsurteils vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.
- (6) Von einer Gebührenerhebung kann abgesehen werden, wenn die Gebühr 5,00 EUR nicht erreicht oder der Aufwand für die Festsetzung und Einziehung der Kosten größer ist als die zu erhebenden Kosten.

§ 4 Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit der Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf des Eineinhalbfachen der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach Nummer 11 des Kostentarifs (Anlage 1).
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v. H.
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben derjenigen Person beruht, die den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5 Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für:
 1. Mündliche Auskünfte,
 2. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn an der Ausübung der Verwaltungstätigkeit ein öffentliches Interesse besteht oder der Aufwand für die Festsetzung und Einziehung der Gebühr höher ist als die zu erhebende Gebühr.
- (3) Die Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.
- (4) Auch bei Gebührenfreiheit im Sinne der Absätze 1 und 2 können Auslagen im Sinne des § 6 dieser Verwaltungskostensatzung auferlegt werden (vgl. § 6 Abs. 1).

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner diese zu erstatten. Dies gilt auch, wenn keine Gebühr zu entrichten ist. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25,00 Euro übersteigen. Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne dass sie gegenseitig ausgeglichen werden.
- (2) Auslagen, soweit sie nicht im Kostentarif zu § 2 der Verwaltungskostensatzung enthalten sind, werden nach den tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.
- (3) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Telefon- und Faxgebühren,

3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Schreibgebühren für Auszüge, weitere Ausfertigungen, Durchschriften, Kosten für Fotokopien und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (4) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes Niedersachsen und den kommunalen Gebietskörperschaften des Landes Niedersachsen untereinander werden Auslagen nur erhoben, wenn sie den Betrag von 25,00 EUR überschreiten.

§ 7 Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
 2. wer die Kosten durch eine dem Verband gegenüber abgegebene Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld einer anderen Person kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenschuldner nach § 4 ist diejenige Person, die den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 8 Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9 Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht im Bescheid ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.
- (2) Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Die Kosten können auch in Teilbeträgen erhoben werden, und zwar je nach dem Fortschritt der Verwaltungstätigkeit. Soweit Vorschüsse oder Teilbeträge die endgültige Kostenschuld übersteigen, sind sie zu erstatten.

§ 10 Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des NKAG die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß Anwendung.

§ 11 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

gez. Unterschrift
Dietmar Kahrs
Verbandsgeschäftsführer

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2) des Abwasserzweckverband Uelzen

Tarif-Nr.	Gegenstand	EUR
1.	Kopien und Lichtpausen (allgemeiner Verwaltungsbereich)	
1.1	Kopien und Lichtpausen je angefangene Seite	
1.1.1	Kopien bis Format DIN A 4	0,25
1.1.2	Kopien bis Format DIN A 3	0,50
2.	Kopien und Plots (Großausdruck aus PC)	
2.1.	Kopien und Plots, s/w, je angefangene Seite	
2.1.1	Kopien bis Format DIN A 4	1,50
2.1.2	Kopien bis Format DIN A 3	2,50
2.1.3	Großkopien/Plots bis Format DIN A 2	5,00
2.1.4	Großkopien/Plots bis Format DIN A 1	7,50
2.1.5	Großkopien/Plots bis Format DIN A 0	10,00
2.1.6	Plots (90 cm Breite) lfd. cm	0,05
	zzgl. schneiden und falten	1,50
2.2	Kopien und Plots, farbig, je angefangene Seite	
2.2.1	Kopien/Plots bis Format DIN A 4	2,50
2.2.2	Kopien/Plots bis Format DIN A 3	5,00
2.2.3	Plots bis Format DIN A 2	40,00
2.2.4	Plots bis Format DIN A 1	55,00
2.2.5	Plots bis Format DIN A 0	80,00
2.2.6	Plots (90 cm Breite) lfd. cm	0,50
	zzgl. schneiden und falten	1,50
3.	Genehmigungen für Abwasseranlagen im Zuständigkeitsbereich des Abwasserzweckverbandes Uelzen	
3.1	Entwässerungsgenehmigungen bei einem Wert der Abwasser-einrichtungen auf dem anzuschließenden Grundstück	
	bis zu 500,00 EUR	30,00
	für jede weiteren angefangenen 500,00 EUR	7,00
	höchstens aber	2.000,00
	für jeden Nachtrag je angefangene 500,00 EUR	7,00
	mindestens	30,00
	höchstens	2.000,00
3.2	Abnahme der Abwasseranlagen und sonstige Prüfungsmaßnahmen pro Baustellenbesichtigung	30,00 bis 50,00
3.3	Erteilung einer Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	20,00
3.4	Genehmigung zur Einleitung von Abwasser außergewöhnlicher Art in die gemeindlichen Abwasseranlagen nach der Abwasserbeseitigungssatzung	30,00 bis 300,00
4.	Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzen gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen)	

Tarif-Nr.	Gegenstand	EUR
	je angefangene halbe Stunde	15,00 bis 25,00
5.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommenen Verwaltungstätigkeit, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	5,00 bis 500,00
6.	Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind	
	für jede angefangene halbe Stunde	15,00 bis 25,00
7.	Feststellungen aus Konten und Akten	
	je angefangene halbe Stunde	15,00 bis 25,00
8.	Erschließungsbescheinigungen	
	je angefangene halbe Stunde	15,00 bis 25,00
9.	Überwachung von Arbeiten, die auf Rechnung Dritter von Unternehmern an Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden	
	je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschl. Anfahrtsweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle	15,00 bis 25,00
	Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen.	
10.	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten und zwar für	
	Büroarbeiten je angefangene halbe Stunde	15,00 bis 25,00
	Außenarbeiten je angefangene halbe Stunde einschl. Anfahrtsweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle	15,00 bis 25,00
11	Rechtsbehelfe	
	Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist. Als Anhaltspunkt für die Festsetzung der Rechtsbehelfsgebühr innerhalb des weiteren Rahmens von 5,00 EUR bis 500,00 EUR ist die folgende Werttabelle heranzuziehen:	5,00 bis 500,00

Werttabelle

Wertstufe bis einschließlich in EUR	Gebühren in EUR
125,00	7,50
500,00	25,00
2.500,00	50,00
5.000,00	65,00
7.500,00	80,00
10.000,00	90,00
12.500,00	100,00
15.000,00	110,00
25.000,00	150,00
37.500,00	190,00
50.000,00	225,00

Werte über 50.000,00 EUR sind auf volle 15.000,00 EUR aufzurunden. Auf den Mehrbetrag sind für je 15.000,00 EUR 40,00 EUR zu berechnen.

**Bekanntmachung
Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes
Abwasserbeseitigung Samtgemeinde Aue**

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRS Treuhand GmbH, Hannover, hat den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Samtgemeinde Aue für das Geschäftsjahr 2016 geprüft. Am 20. Juni 2017 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung der Abwasserbeseitigung Samtgemeinde Aue für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgte ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Der Eigenbetrieb wurde wirtschaftlich geführt.“

Der Rat der Samtgemeinde Aue hat in seiner Sitzung am 26. Oktober 2017 den Jahresabschluss 2016 in der Bilanz mit einer Summe von 14.681.140,73 € und in der Erfolgsrechnung mit einem Verlust von 38.568,70 € beschlossen und weiterhin entschieden, nach der Addition mit dem Gewinnvortrag den Bilanzgewinn von 446.086,54 € auf das Jahr 2017 vorzutragen. Gleichmaßen wurde dem Samtgemeindebürgermeister Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss einschließlich Lagebericht und Prüfungsergebnis liegt vom Tage nach der Bekanntmachung an 7 Arbeitstagen zur öffentlichen Einsicht im Rathaus der Samtgemeinde Aue, Zimmer 19, Langderen 4, 29559 Wrestedt, aus.

Wrestedt, den 13. November 2017

EIGENBETRIEB ABWASSERBESEITIGUNG

*Alexander Kahlert
Betriebsleiter*